

# Schlag auf Schlag

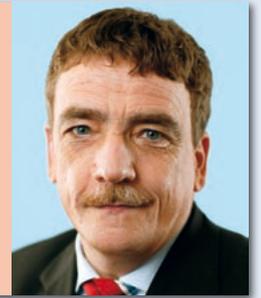
## „Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Hendrik Wüst (CDU)



Michael Groschek (SPD)



**Fünf Parteien im Landtag  
Nordrhein-Westfalen nach der  
Wahl 2010 halte ich für ...**

... überflüssig. Wir wollen die Linke aus dem Landtag raushalten. Mit einer Strategie der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Positionen der Linken und dem gleichzeitigen Aufzeigen von alternativen Lösungsvorschlägen werden wir alles dafür tun, die Linke mit ihren falschen Heilsversprechen unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken.

... vermeidbar.

**Der Grundsatz „Jede demokratische Partei ist mit den anderen koalitionsfähig“ gilt für NRW ...**

... genauso wie für jedes andere Bundesland. Die Linkspartei ist aber eine undemokratische Partei. Es ist daher unverantwortlich, dass Frau Kraft einen Pakt mit ihr eingehen will. Bereits Willy Brandt hatte seine Partei gemahnt: „Es hat keinen Sinn, die Mehrheit für die Sozialdemokratie zu eringen, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.“ Frau Kraft sollte auf Willy Brandt hören.

... genauso wie für den Bund und alle anderen Länder. Entscheidend müssen immer überprüfte und bewertete Inhalte, Programme und Personen sein.

**Die frühzeitige Festlegung  
auf eine Koalition vor der  
Wahl ist in meinen Augen ...**

... richtig, damit der Wähler glasklare Vorstellungen davon hat, in welchen Konstellationen nach der Wahl die Regierung gebildet werden soll. Für uns ist es eindeutig, dass wir nach der Landtagswahl die gemeinsame Arbeit mit der FDP fortsetzen wollen. Wir arbeiten sehr erfolgreich zusammen und haben bereits eine ganze Menge umgesetzt. Diese Arbeit wollen wir nach 2010 fortsetzen.

... zwei Jahre vor der Wahl unsinnig.

**Wahlergebnisse werden immer  
interpretierbarer. Das bedeutet für  
die politischen Akteure ...**

Meiner Meinung sind Wahlergebnisse nicht interpretierbar. Die Versuche, die momentan in Hessen laufen, aufgrund von Gewinnen und Verlusten im Vergleich zur vorherigen Wahl einen Regierungswechsel zu rechtfertigen, halte ich für absurd. Es kommt nur darauf an, wer bei einer Wahl die meisten Stimmen bekommt – und wenn die Mehrheit auch noch so knapp ist.

Die Annahme ist falsch, da Wahlergebnisse immer Ausdruck des Wählerwillens sind. Das bedeutet für die politischen Akteure die demokratische Verpflichtung, Wahlergebnisse zu akzeptieren und zur Bildung von stabilen Regierungen bereit zu sein.

**Ein Fünf-Parteien-System hat  
für die demokratische Willens-  
bildung und die Transparenz von  
Entscheidungen die Konsequenz ...**

Einen großen Einfluss auf die genannten Punkte sehe ich nicht. Eine Bereicherung der Parteienlandschaft ist die Linke mit ihren Vorstellungen jedenfalls nicht.

... dass das Alltagsgeschäft mühselig werden kann. Das hängt vom Verantwortungsbewusstsein der handelnden Politiker ab.

**Bis zur NRW-Landtags-  
wahl vergeht noch einige Zeit.  
Die werden wir nutzen ...**

... um unser Land nach vorne zu bringen. Unsere Zwischenbilanz kann sich bereits sehen lassen: 25 % weniger Arbeitslose, 40 % weniger Unterrichtsausfall und 70 % weniger Neuverschuldung. Der Aufbruch ist gelungen. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Wir werden deshalb mit vollem Einsatz weiter daran arbeiten, Nordrhein-Westfalen an die Spitze der Bundesländer zu führen.

... stärkste Fraktion in einem Vier-Parteien-Landtag zu werden und die Menschen in diesem Land von den Inhalten und Kandidatinnen und Kandidaten der SPD zu überzeugen.

## Diesmal sind es drei Generalsekretäre und ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Christian Lindner (FDP)



Reiner Priggen (GRÜNE)



... Science Fiction. Ich bezweifle, dass die Truppe von der Linkspartei eine programmatische und personelle Stabilität hat. Diese Partei hat sich auf Realitätsverweigerung spezialisiert. Sie verkauft ihre Wähler für dumm. Johannes Rau würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, dass die SPD immer noch nicht zu einer klaren Abgrenzung gefunden hat.

... prinzipiell, aber wir treten nicht um jeden Preis in irgendeine Regierung ein, wenn unsere Inhalte dort nicht wiederzuerkennen sind. Sozialdemokraten und Grüne vertrauen dem Staat mehr als den Menschen – und sie schwächen den Staat durch seine Überforderung. CDU und FDP teilen dagegen die Überzeugungen Privat vor Staat und Freiheit vor Gleichheit.

Ausdruck des Respekts vor den Wählern, die Klarheit und Verlässlichkeit wollen. Wichtiger noch für die Demokratie ist, dass Parteien auch zu ihren Programmaussagen stehen und nicht – wie die SPD bei der Mehrwertsteuererhöhung – das Gegenteil dessen tun, was sie vor der Wahl vertreten haben.

... dass sie der Versuchung widerstehen sollten, sich in jeder Situation zum Sieger erklären zu wollen. Es beweist Stil, auch mal eine Niederlage ehrlich einzuräumen.

... dass Mehrheiten möglicherweise nicht überall und sofort gesichert sind. Umso mehr sind alle ernst zu nehmenden Parteien gefordert, die dauerhafte Etablierung der Linkspartei zu verhindern, die teilweise das gleiche Milieu anspricht wie anderswo in Europa Rechtspopulisten.

... um unsere couragierte und sozial ausgewogene Erneuerungspolitik für Nordrhein-Westfalen entschlossen fortzusetzen. Mit den ganz konkreten Erfolgen unserer Regierungsarbeit werden wir wie in Niedersachsen und Baden-Württemberg die schwarz-gelbe Mehrheit verteidigen.

... eine mögliche realistische Option mit der man ganz nüchtern und pragmatisch umgehen sollte. Wenn die Wählerinnen und Wähler so entscheiden und 5 Parteien ins Parlament wählen, ist das zu akzeptieren und kein Untergang des christlichen Abendlandes.

... momentan sicherlich nicht, weil Herr Westerwelle und Herr Lafontaine als größte Blockierer der Republik diesen Satz aktuell in Hessen ad absurdum führen. Die Linke muss selbst erst einmal klären, ob sie überhaupt Regierungsbeteiligung und die Übernahme von Verantwortung will.

... unsinnig, wenn es Jahre vorher geschieht, allerdings muss rechtzeitig vor der Wahl klar gesagt werden wo die Reise hingehen soll und welche Regierungsbildung das Ziel ist.

... viel Arbeit in der Analyse aber kein Grund zum Jammern. Die Wählerinnen und Wähler stellen eine vielfältigere Parteienlandschaft her und machen damit die Regierungsbildung schwieriger, aber nicht unlösbar.

... dass die Parteien sich mehr bewegen müssen und neue Wege gehen müssen. Für mich ist die Konsequenz aus den letzten Landtagswahlen, dass über Schwarz-Grün in Hamburg ernsthaft geredet wird und eine rot Grüne Minderheitsregierung in Hessen mit Tolerierung durch die Linke ebenso als ernsthafte Möglichkeit ausgelotet wird.

... um deutlich zu machen, dass die Arbeitsweise dieser Regierung aus CDU und FDP eine Mischung aus ideologischer Verböhrtheit und handwerklicher Stümperei ist und die Regierung 2010 abgelöst gehört.

Schlag auf Schlag

Die Fragen stellen  
Jürgen Knepper und  
Sebastian Wuwer.